

"Viele Slogans, wenig Kalkül": Russische Experten über soziale Folgen der Energiekrise im Westen

14 Juni 2022 09:05 Uhr

Die Preise für Benzin in den USA haben historische Rekorde gebrochen und übersteigen die Marke von 5 Dollar pro Gallone. Auch in Deutschland und anderen Ländern Europas ist die Tendenz gleich. Für die russischen Energie-Experten ist dies die Folge der Inkompetenz westlicher Politiker.



Quelle: www.globallookpress.com

Spritpreise in Deutschland am 1. Juni, Symbolbild

Wie Experten der Energy Information Administration des US-Energieministeriums feststellten, verteuert sich der Kraftstoff aus mehreren Gründen, unter anderem durch den Rückgang der Exporte russischer Erdölprodukte.

Russische Analysten erinnern daran, dass der Rekordanstieg der Benzinpreise in den USA und vielen europäischen Ländern bereits zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt. Experten glauben, dass diese Situation weitgehend auf die Inkompetenz vieler westlicher Politiker zurückzuführen ist, die mit dem Verhängen von Sanktionen im Energiesektor in erster Linie hofften, Russland zu schaden. Aber eine solche Strategie erwies sich offenkundig als Misserfolg.

Die Preise für eine Gallone (3,785 Liter) Benzin in den Vereinigten Staaten brachen erneut den historischen Rekord und übertrafen die Marke von 5 US-Dollar. Das belegen die Daten der American Automobile Association (AAA). Laut dieser Autofahrer-Organisation AAA treibe die Dynamik zwischen sinkendem Angebot und steigender Nachfrage nach Benzin die Preise in die Höhe.

"In Verbindung mit den steigenden Rohölpreisen bedeutet dies, dass die Benzinpreise in naher Zukunft wahrscheinlich hoch bleiben werden", prognostizierte der Verband.

Darüber hinaus berichtete die Energy Information Administration (EIA) des US-Energieministeriums am 10. Juni, dass die Benzin- und Dieselpreise sowie die Raffineriemargen (Handelsspanne) die historischen Durchschnittswerte deutlich übertreffen, insbesondere aufgrund eines Exportrückgangs der russischen Erdölprodukte.

Weitere Gründe seien niedrige Lagerbestände beider Erdölprodukte, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch auf der ganzen Welt, der Anstieg der Brennstoffnachfrage auf das Niveau vor der Pandemie und die obendrein relativ geringere Produktionskapazität für beide Brennstoffe im Vergleich zu den Werten vor der COVID-19-Pandemie.

"Wir gehen davon aus, dass die Großhandelspreise für Kraftstoffe im Laufe des Sommers aufgrund der steigenden Rohölpreise und der anhaltenden Auswirkungen der niedrigen weltweiten Lagerbestände (von Erdölprodukten) deutlich höher sein werden. Wahrscheinlich wird die Knappheit der Weltreserven im Zusammenhang mit dem kürzlich in Europa angekündigten Verbot von Energieimporten aus Russland noch stärker zu spüren sein", erklärte die EIA.

Trotz solcher Argumente gibt das Weiße Haus in Washington, D.C. gern weiterhin den russischen Behörden die Schuld für die aktuelle Situation. So rechtfertigte der US-Präsident Joe Biden während seiner Rede in Los Angeles den Anstieg der Benzinpreise im Einzelhandel mit angeblich "Putins Steuer", welche die Amerikaner nun zahlen müssten.

Probleme in Europa

Die mit den steigenden Energiepreisen verbundenen Schwierigkeiten sind jedoch nicht nur in den USA, sondern auch in mehreren europäischen Ländern zu beobachten.

So weist der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e.V. (ADAC) darauf hin, dass die Kraftstoffpreise in Deutschland – unabhängig vom kürzlich verhängten staatlichen Steuerrabatt auf Benzin – "generell zu hoch" seien.

"Die Preise sind nach wie vor stark überhöht. Das Kartellamt muss als neutrale Stelle feststellen, dass der Rabatt nicht ankommt, und die Politik sollte handeln. Denn im Moment fördert der Steuerzahler die Gewinne der Mineralölindustrie, die die Krisensituation offenbar auf Kosten der Verbraucher zur Gewinnmaximierung nutzt", sagte Christian Laberer als ADAC-Experte für Kraftstoffpreise.

Gleichzeitig beabsichtigt die deutsche Bundesregierung nicht, der Bevölkerung im Zusammenhang mit den steigenden Preisen für Benzin und andere Energieressourcen sowie angesichts einer erheblichen Inflationsrate weitere Soforthilfe zu leisten. Dies gab der deutsche Finanzminister Christian Lindner bekannt. Er sprach insbesondere über den Vorschlag einer Ausweitung der einmaligen Zahlung an Berufstätige von 300 € für Strom auch an die Rentner.

"Im Bundeshaushalt 2022 gibt es keine Reserven ... (denn) die Bundesregierung (hat) ihre finanzielle Grenze erreicht", betonte Lindner.

Eine einmalige Zahlung eines solchen "Zuschusses" an die Rentner würde [laut](#) dem privaten Nachrichtenportal *T-Online.de* den Bund und die Bundesländer 5,3 Milliarden Euro kosten. Die Tatsache, dass sowohl Rentner als auch Studenten nicht in den Genuss der Pauschale kommen sollen, stößt auf erhebliche Kritik, unter anderem von öffentlichen Verbänden.

Zuvor hatte der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bereits über eine Kampagne zum allgemeinen Energiesparen in Deutschland gesprochen. Er sagte, dies werde dazu beitragen, Deutschland unabhängiger von russischen Energieträgereinfuhren zu machen. Insbesondere wird vorgeschlagen, die Soll-Temperatur im Kühlschrank auf sieben Grad Celsius zu erhöhen, auf niedrigere Wassertemperaturen im Badezimmer zu achten sowie die energiesparendsten Betriebsarten von Geschirrspülern und Waschmaschinen zu verwenden.

Inzwischen wird aus der Tschechischen Republik berichtet, dass der Preis pro Liter Benzin an den Tankstellen des Landes in der vergangenen Woche um durchschnittlich 79 Heller auf 46,55 Kronen (etwa 2,2 US-Dollar) gestiegen ist.

In Polen haben Auto- und Motorradfahrer [begonnen](#), Tankstellen in verschiedenen Regionen des Landes zu blockieren, um gegen die Erhöhung der Kraftstoffpreise zu protestieren, wie lokale Medien berichteten. Gleichzeitig kritisierte der Abgeordnete der Bürgerlichen Koalition Paweł Pomyćki gegenüber *Polskie Radio*, dass ein vollständiges Embargo für russische Kohleimporte übereilt sei. Ihm zufolge werde die plötzliche Verringerung der Lieferungen die Durchschnittsbürger Polens am härtesten treffen.

Bereits zuvor wurde den Einwohnern Polens aufgrund des Embargos für Kohle aus Russland gestattet, [Brennholz sammeln](#), aber dies sei nur nach spezieller Schulung und vorbehaltlich der Sammlung von Zweigen erlaubt, die nicht länger als 7 cm sind.

In Frankreich stieg der Benzinpreis letzte Woche auf über 2 €, was die lokalen Medien als "unerhört" bezeichneten. Damit habe er einen Anstieg von 30 Prozent seit Jahresbeginn verzeichnet.

Darüber hinaus informieren die westlichen Medien, dass Autofahrer im Vereinigten Königreich bei einem Durchschnittspreis von 1,82 £ (2,28 US-Dollar) pro Liter etwa 100 Pfund für bleifreies Benzin zahlen müssen, um ein Auto mit einem Standardtank von 55 Litern zu betanken.

Laut *The Guardian* könnte der Rekordanstieg der Kraftstoffpreise die Zahl der Arbeitnehmer, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, extrem verringern. Auch die britische Gewerkschaft GMB Union kam zu einem ähnlichen Ergebnis und wies darauf hin, dass viele Angestellte britischer Unternehmen, die für ihre Arbeit private Autos benutzen, sowie Taxifahrer wegen der steigenden Benzinkosten bald kündigen könnten.

Es ist auch erwähnenswert, dass vor dem Hintergrund steigender Kraftstoffpreise in Europa auch die Kosten für Erdgas für die Bevölkerung steigen. So beabsichtigt das lettische Unternehmen [Latvijas Gāze](#), ab dem 1. Juli die Tarife für diese Energieressource zwischen 65,6 und bis zu 89,9 Prozent zu erhöhen.

Übereifriges Handeln

Experten stellen fest, dass die westliche Bevölkerung nun mit den Folgen politisch motivierter Maßnahmen ihrer eigenen Behörden konfrontiert sei. Diese hatten Beschränkungen der Importe

russischer Energieressourcen eingeleitet – wohl wissend, wie sich dies auf die normalen Bürger auswirken wird.

"Die Beschränkungen der russischen Energielieferungen haben sich zunächst einmal äußerst negativ auf die Höhe der Benzinpreise in den westlichen Ländern ausgewirkt", sagte Alexander Frolow, stellvertretender Generaldirektor des Instituts für Nationale Energie, in einem Interview. Der rasante Anstieg der Kosten könne vor allem sozial ungeschützter Bevölkerungsgruppen treffen.

Er erinnerte auch daran, dass der Anstieg der Benzinpreise direkt mit den Ölpreisen auf dem Weltmarkt zusammenhängt.

"Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Ölpreisschwankungen und den Kraftstoffpreisen sowohl in den USA als auch in der EU. Und diese Preisbildungsprozesse werden stark von den Restriktionen beeinflusst, die gegen russisches Öl und Ölprodukte verhängt wurden und werden. Auch die damit verbundenen Befürchtungen vieler Marktteilnehmer, dass das schwarze Gold irgendwann auf dem Markt knapp werden könnte, spielen große Rolle", erklärte Frolow.

Laut Wladimir Olentschenko, einem leitenden Forscher am Zentrum für Europäische Studien an der Russischen Akademie der Wissenschaften, würden sich antirussische Sanktionen, die "tatsächlich den kontinentalen und globalen Handel mit Energieressourcen behindern", "auf die westlichen Länder auswirken" können.

"Und die ersten, die die negativen Folgen zu spüren bekommen, sind genau die Staaten, die sich selbst als Urheber und Vollstrecker dieser Beschränkungen sehen. All dies führt zu einem weiteren Anstieg der Benzin- und anderer Energiepreise", so der Analyst gegenüber RT.

Gleichzeitig ist nach Ansicht von Alexander Frolow die schwierigste Situation derzeit in Europa zu beobachten: "In den EU-Staaten gibt es unterschiedliche Steuern auf Mineralölprodukte und Kraftstoffe. Aufgrund der lokalen Steuergesetze gehören Finnland, Dänemark, Griechenland, die Niederlande und Deutschland zu den fünf Ländern in der Union, in denen die Verbraucher am meisten für Benzin bezahlen. Der Kraftstoffpreis in der Europäischen Union wird auch dadurch beeinflusst, dass dort ab Anfang 2020 die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit stark verschärft werden. Dies geschah vor allem, damit die Verbraucher auf Elektroautos umsteigen."

Wladimir Olentschenko hält die Entscheidungen, die russischen Energieimporte zu begrenzen, für überstürzt: "Wie Europa, handeln die Vereinigten Staaten im Eifer. Sie hofften, dass sich solche Maßnahmen vor allem negativ auf Russland auswirken würden, sie prallten aber auch auf die Vereinigten Staaten ab. Es zeigt, dass es westlichen Politikern an Kompetenz mangelt: viele Slogans, aber wenig Kalkül. Natürlich hat dies in erster Linie eine äußerst schmerzhaft Wirkung auf die Bevölkerung, die zum Beispiel wie in Polen Unzufriedenheit zum Ausdruck bringt."

"Es ist möglich, dass sich sowohl Europa als auch die Vereinigten Staaten dem Zustand nähern, bei dem zu Protesten kommen wird", so Olentschenko.

Alexander Frolow sieht keine Voraussetzungen für ein kurzfristiges Ende der Energiekrise im Westen.

"Vielleicht ergeben sich erst gegen Ende des Jahres einige Chancen dafür, und zwar dann, wenn die EU und die USA nicht rücksichtslos ihren eigenen Beschränkungen für Öl- und andere Energielieferungen aus Russland folgen und wenn die EU keine Beschränkungen mehr gegen russische Energieressourcen verhängt", meint der Analyst abschließend.